

Zum 100. Geburtstag
von Gerhard Schröder

Mann ohne Schablonen

Bernhard Vogel

Am 11. September vor einhundert Jahren wurde Gerhard Schröder in Saarbrücken geboren. Er lässt sich schwerlich mit einem Begriff charakterisieren. „Schablonen passen nicht zu ihm“, wie Helmut Schmidt einmal gesagt hat. Schröder war Jurist, Doktor der Rechtswissenschaften, wissenschaftlicher Assistent, Anwalt, als der er kurzfristig auch in der Industrie tätig war, Mitglied der Bekennenden Kirche, nach 1945 Mitbegründer der CDU, Vorsitzender ihres Evangelischen Arbeitskreises und vor allem ein Mann mit einer ungewöhnlich langen Amtszeit von über sechzehn Jahren als Bundesminister in drei Schlüsselressorts.

Ein reiches Leben, ein außergewöhnlicher Lebenslauf in einer bewegenden und aufregenden Zeit. Es sollte ein wenig der Vergangenheit entrissen werden. Zu Recht hat der Philosoph Odo Marquard gesagt: „Zukunft braucht Herkunft.“ Gedenken und Erinnern müssen immer zukunftsgerichtet sein. Man muss wissen, woher man kommt, wenn man verstehen will, wo man sich befindet und wohin man gehen will. Der Mensch wird auch dadurch definiert, dass er ein Wesen ist, das sich erinnern kann. Und wer sich selbst erkennen will, ist auf Erinnerung angewiesen. Historische Erfahrungen und unser Umgang mit der Geschichte sind ein wichtiger Bestandteil unserer Identität.

Gerhard Schröder hat seine Schulzeit am Max-Planck-Gymnasium in Trier verbracht, das bis 1948 Kaiser-Wilhelm-Gymnasium hieß. Unter anderem gehörte er dort einer philosophischen Arbeits-

gemeinschaft des Gymnasiums an; hier wurde sein besonderes Interesse für die Philosophie Immanuel Kants geweckt, die er sein Leben lang pflegte. Noch im Jahr seines Todes, 1989, sagte Schröder: „Kant ist für mich ein unauslöschliches Symbol des Lebens und der Entwicklung geworden, der Philosoph einer strengen Lebensauffassung und strenger Anforderung. Er war für mich der Mann, der eigentlich das Beste war, was Preußen-Deutschland hervorgebracht hat.“

Besonderes Augenmerk verdient sein Abituraufsatz, der neben der Note „sehr gut“ auch den Viktor-von-Scheffel-Preis für den besten Aufsatz bekam. Darin setzt sich der Achtzehnjährige am Ende der Weimarer Republik mit dem Staatsgedanken in Kleists *Prinz von Homburg* auseinander und schreibt: „Allgemeine Gesetzgebung, nicht Eigenwille, nicht Eigennutz sollen Leitstern des Handelns sein. Nur so ist der Bestand des Staates, ist das Allgemeinwohl gesichert. Dienst am Staate, Dienst am Volk, Dienst an der Gemeinschaft.“ Das Schröder zeit seines Lebens kennzeichnende Pflichtgefühl, sein Eintreten für die Republik und die wehrhafte Demokratie klingen hier bereits an.

Auf seinem Weg zu seiner Schule konnte Schröder einem französischen Offizier von hohem Wuchs und markanter Nase begegnen, der gut zehn Jahre später Repräsentant des französischen Widerstandes werden sollte und weitere zehn Jahre später für ihn ein wichtiger Gesprächspartner wurde: Charles de Gaulle.

Gerhard Schröder entschied sich nach dem Abitur, Jura zu studieren. Er begann sein Studium in Königsberg, wohl Kants wegen und weil er Abschied von seinem Elternhaus nehmen wollte. Während dreier Auslandssemester in Edinburgh erwachte seine Begeisterung für internationale Sichtweisen – den „internationalen Atem“, wie er selbst sagte. Nach Deutschland zurückgekehrt, ging er zunächst nach Berlin und machte schließlich in Bonn 1932 sein Referendarexamen. Die zunehmende Instabilität der Weimarer Republik, insbesondere die sich zunehmend radikalisierende extreme Rechte und extreme Linke waren es, die Schröder umtrieben. Selbst Mitglied der Deutschen Volkspartei, einer der Vorgängerparteien der heutigen FDP, schrieb er 1931 an seine Eltern: „Der Himmel möge uns nicht nur vor der Herrschaft der Radikalrechten bewahren.“

Schröder dachte national und liberal. Und dennoch – und auch damit muss man sich auseinandersetzen – wurde er Mitglied der NSDAP, ein Schritt, den man nur aus der Zeit heraus verstehen kann. So wie ich während meiner Thüringer Zeit zu verstehen begann, dass mancher sich einer der Blockparteien oder sogar der SED anschloss, nur um seinem Sohn oder seiner Tochter ein Studium zu ermöglichen. Ein Parteieintritt, den Schröder selbst als „Minimalkonzession“ bezeichnete, um eine Stelle an der Bonner Universität antreten zu können. Schröder stand dem nationalsozialistischen Regime gleichwohl von Anfang an skeptisch gegenüber, aber zum Widerstand entschloss er sich nicht. Äußerungen gegenüber seiner Familie, seine Mitgliedschaft in der Bekennenden Kirche, die die nationalsozialistische Kirchenpolitik ablehnte, seine Arbeit in einer jüdischen Kanzlei und seine Bereitschaft, verfolgten Juden bei der Emigration zu helfen, belegen seine Distanz.

Am 8. Mai 1945 kapitulierte die Deutsche Wehrmacht bedingungslos. In Europa endet der Zweite Weltkrieg. Die national-

sozialistische Gewaltherrschaft ist zu Ende. Deutschland ist ein Trümmerhaufen, das ganze Land ist von alliierten Truppen besetzt. Es wird in vier Zonen aufgeteilt. Es herrschen Not und Elend, und zwölf Millionen Vertriebene und Flüchtlinge strömen zusätzlich in diesen Trümmerhaufen. Gerhard Schröder leistet Kriegsdienst als Obergefreiter und kehrt sehr früh, im Juni 1945, aus britischer Kriegsgefangenschaft zurück. Er wird zunächst persönlicher Referent des Oberpräsidenten der Nordrheinprovinz, später Beamter im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen. Hier sammelt er erste Verwaltungserfahrungen; zwischen 1947 und 1949 arbeitet er als Justiziar der Treuhandverwaltung für die Montanindustrie.

Für starke Parteien und den Verfassungsstaat

Schröder wusste, dass man in einer Demokratie Parteien braucht. Er wurde zum Mitbegründer der CDU, weil er Parteien als ideologisierte Kampfverbände, als Klassenparteien überwinden und das Entstehen einer Volkspartei unterstützen wollte. Er wollte aus den Fehlern der Weimarer Republik lernen. Vor diesem Hintergrund ist seine Präferenz für ein Mehrheitswahlrecht verständlich. „Es gilt heute“, so Schröder in einem Namensbeitrag für die *Westfalenpost* im Januar 1947, „dieser billigen, aber tief eingefressenen Verächtlichmachung parlamentarischer Institutionen von vornherein jeden Ansatzpunkt zu nehmen und zu verhüten, daß statt einer funktionsfähigen Demokratie sich wiederum ein arbeitsunfähiges Zerrbild entwickelt.“

Der Bonner Historiker und Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz sagte 1984 in einer Laudatio auf Gerhard Schröder: „Die Parteienzersplitterung, die in den Anfängen der Bundesrepublik zu beobachten war und sich unter ungünstigen Bedingungen hätte verstärken können,

war eine seiner Hauptsorgen. Denn ohne stabile Regierungsmehrheit keine stabile Regierung, ohne stabile Regierung aber kein starker demokratischer Staat und ohne starken demokratischen Staat kein Wiederaufbau, keine erfolgreiche Selbstbehauptung gegen die Feinde der Demokratie im Innern wie im Äußeren.“

Das Leitmotiv von Schröders Wirken war es, den demokratischen Verfassungsstaat vor seinen Feinden zu schützen. Schon bei den ersten Bundestagswahlen 1949 bewarb er sich um ein Mandat in Düsseldorf-Mettmann, und er blieb Bundestagsabgeordneter bis 1980 – 31 Jahre! 1953 berief ihn Konrad Adenauer in seinem zweiten Kabinett zum Bundesinnenminister, und er blieb es bis 1961.

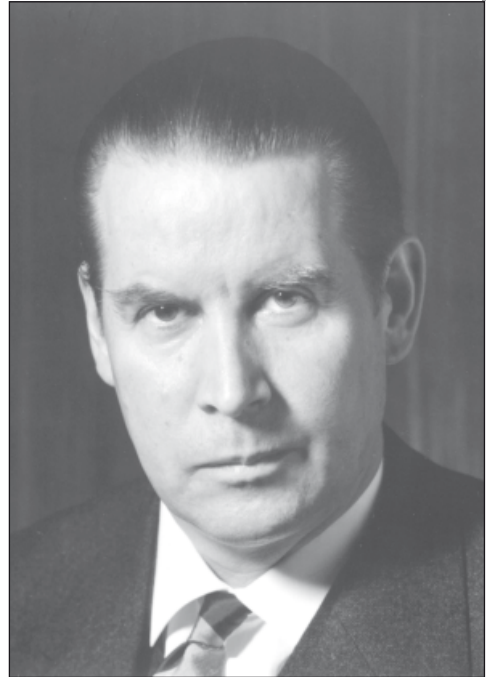
Die Beziehung zu Konrad Adenauer hat Gerhard Schröder in seinen Erinnerungen folgendermaßen beschrieben: „Ich will nicht sagen, dass wir ein Vater-Sohn-Verhältnis hatten. Trotzdem lassen sich unsere Beziehungen damit am besten vergleichen.“ Schröder gehörte nicht zu denen, die an Adenauers Rockschoßen hingen. Mit Schröder wollte Adenauer einen unabhängigen und eigenständigen Protestanten in sein Kabinett berufen. Schröder war in Sorge, ob eine Demokratie, die sich ausschließlich auf wirtschaftlichen Erfolg gründe, auch wirtschaftlich schlechte Zeiten überstehe. „Es wäre schlecht um uns bestellt“, so Schröder, „wenn wir nur von einem Radio-, Kühlschrank- und Motorradprospekt zum anderen leben wollten.“

Sicherung nach innen und außen

Schröder ging es in seinem Amt als Innenminister um eine wehrhafte Demokratie und um die innere Sicherheit. Er trat für ein Verbot der KPD ein und führte die Debatte über die Notstandsgesetzgebung. Schröder war überzeugt, die Stunde der Not müsse die Stunde der Exekutive sein.

1961 wird Schröder Außenminister für fünf entscheidende Jahre, ohne Frage der

*Gerhard Schröder,
Bundesaußenminister von 1961 bis 1966,
hier undatierte Aufnahme.
© ACDP, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.*



Höhepunkt seiner politischen Karriere. Im Grunde ging es ihm um die Fortsetzung seiner Politik als Innenminister: die Sicherung der Republik nach innen und außen und die Schaffung von Voraussetzungen zur Wiedervereinigung des geteilten Landes.

Schröders außenpolitische Maxime lautete, Politik am Ziel der Wiedervereinigung auszurichten – trotz und wegen der deutschlandpolitischen Situation, der sich der neue Außenminister gegenüber sah: Am 13. August 1961, wenige Wochen vor Schröders Amtsantritt, begann das SED-Regime mit der Abriegelung der Sektorengrenzen und dem Bau der Berliner Mauer. „Die Wiedervereinigung ist ein permanenter Prüfstein für alle Akte der deutschen Innen- und Außenpolitik“, so der Außenminister. Das hieß für ihn Westbindung der Bun-

desrepublik als unabdingbare Voraussetzung und eine „Politik der Stärke“ der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion, aber hieß auch ostpolitische Differenzierung.

Schröder verfolgte das Ziel, Feindbilder und Vorurteile gegenüber Deutschland in Osteuropa abzubauen. Kulturelle und menschliche Kontakte zwischen Deutschland und Staaten des Warschauer Paktes herzustellen war für ihn ein Mittel, um Brücken innerhalb des gespaltenen Europas zu schlagen. In seiner Zeit eröffnete die Bundesrepublik erste Handelsmissionen in Osteuropa: in Polen, Rumänien, Ungarn und Bulgarien.

In der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger wurde Gerhard Schröder Verteidigungsminister. Auch in diesem dritten Schlüsselressort ging es ihm um die gleichen Ziele: Stärkung des demokratischen Verfassungsstaates, nicht zuletzt durch eine in die NATO integrierte Bundeswehr und die Wiedervereinigung. Wie alle CDU/CSU-Minister schied er mit dem Wechsel von Kiesinger zu Brandt aus dem Bundeskabinett aus. Obwohl er in seiner Zeit als Außenminister bereits eine „Politik der Bewegung“ gegenüber Osteuropa eingeleitet hatte, lehnte er 1972 die Ostverträge ab. Als erster hochrangiger Repräsentant des deutschen Parlamentes besuchte er die Volksrepublik China und führte Gespräche mit dem chinesischen Ministerpräsidenten.

Schröder: „Unsere Bemühungen um die Schaffung eines starken und geeinten Europas, auch unsere Bemühungen um die osteuropäischen Staaten, dienen dem gleichen Ziel: Die enge Verbindung mit unseren westlichen Verbündeten, insbesondere den USA, der stärksten Führungsmacht des Westens, ist eine weitere wichtige Stütze für die Wiedervereinigungspolitik. In diesen Rahmen gehört auch die Aufgabe, der Gefahr der Ent-

fremdung zwischen den beiden Teilen Deutschlands nachdrücklich entgegenzuwirken.“

Schröders Überzeugung ist von der Geschichte bestätigt worden. Den Fall der Berliner Mauer hat Schröder, der in der Silvesternacht 1989 verstarb, noch bewusst erlebt.

Gerhard Schröder hat hohe Ämter erreicht. Die höchsten allerdings blieben ihm versagt. Als Ludwig Erhard zurücktrat, stellte er sich in der Unionsfraktion zur Abstimmung gegen Rainer Barzel und gegen Kurt Georg Kiesinger. Die Fraktion entschied sich für Kurt Georg Kiesinger. Im März 1969 kandidierte er für das Amt des Bundespräsidenten und unterlag mit ganz wenigen Stimmen Gustav Heinemann, dem Kandidaten der SPD. Das sich anbahnende Regierungsbündnis zwischen SPD und FDP war zum ersten Mal erfolgreich. Die Gründe für diese beiden Niederlagen sind nicht nur in den politischen Mehrheiten zu suchen, sie lagen auch in der Tatsache begründet, dass Gerhard Schröder während aller Jahrzehnte aktiver Politik über keine wirklich bedeutende Hausmacht verfügte. Es standen keine Einflussgruppen von Rang stets geschlossen hinter ihm – vom Evangelischen Arbeitskreis einmal abgesehen. Ich habe Gerhard Schröder noch gekannt, war kurze Zeit sogar sein Fraktionskollege im Deutschen Bundestag. Sicher, er war kühl, distanziert, ein Ostfrieser, der trotz seiner langen Lebenszeit am Rhein nie zum Rheinländer geworden ist. Aber er war eine Autorität, ein Herr, auf den man hörte, der etwas zu sagen hatte. Gerhard Schröder war eine prägende Gestalt der alten Bundesrepublik Deutschland. Ohne Männer wie ihn gäbe es heute keine neue Bundesrepublik Deutschland. Gerhard Schröder hat es verdient, nicht in Vergessenheit zu geraten.